

Ostspange und Tunnel sind durchgefallen

Zweiter Teil der Forchheimer Südumgehung und Ebermannstädter Ortsumfahrung haben nicht überzeugt

VON STEFAN BERGAUER

FORCHHEIM – Bundesminister Alexander Dobrindt hat den Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes vorgestellt. Die Ostspange der Forchheimer Südumgehung wird wohl nicht so schnell gebaut, die Umgehungen von Oesdorf und Wimmelbach haben es in den vordringlichen Bedarf geschafft. Komplett durchgefallen ist der Ebermannstädter Tunnel.

Die Realisierung der Ostspange der Südumgehung Forchheims ist mit dem Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) in die Ferne gerückt. Die Ostspange mit geschätzten Baukosten von 38,4 Millionen Euro wurde als weiterer Bedarf mit Planungsrecht eingestuft. Damit wäre der Bau erst nach 2030, dem Laufzeitende des neuen BVWP, möglich. Allerdings könnte die Umgehung bis dahin geplant werden.

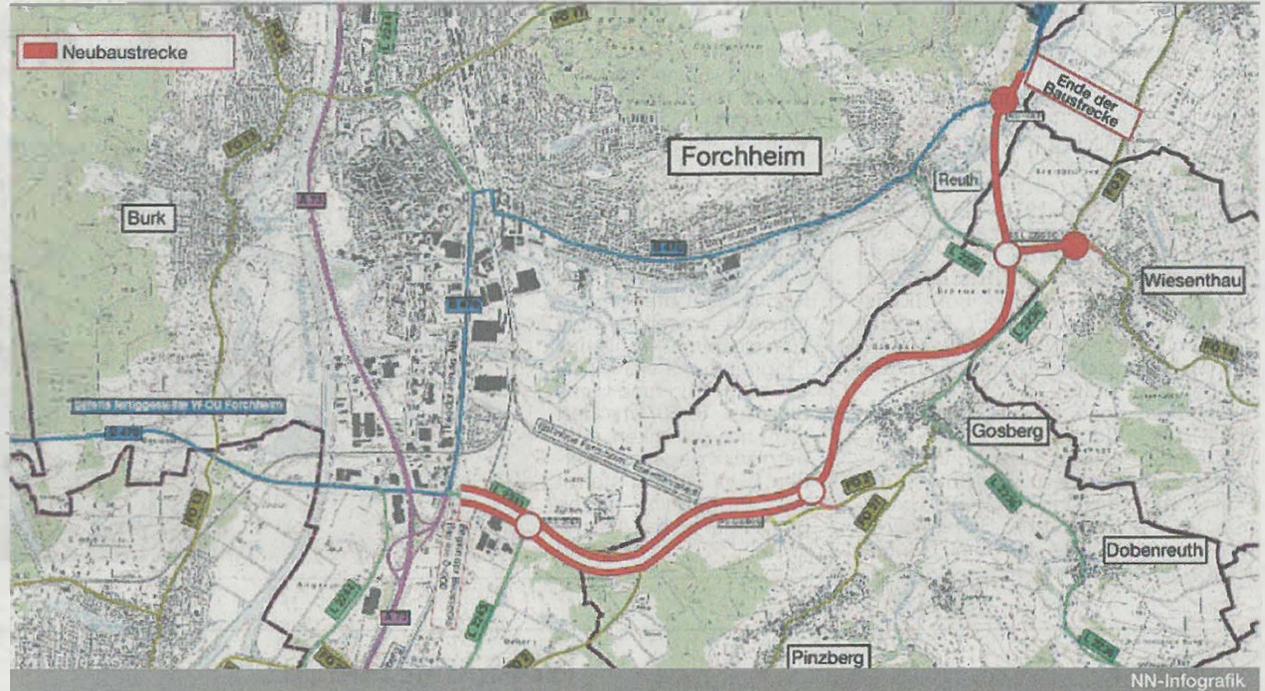
Die Ostspange ist Thema im Forchheimer OB-Wahlkampf. Uwe Kirschstein (SPD) hatte sich gegen sie ausgesprochen und fühlt sich nun in seiner Einschätzung bestätigt. Er bevorzugt die „Kleine Lösung“, eine nördliche Umgehung Gosbergs. Nun sei es Zeit, sich mit den Umlandgemeinden an einen Tisch zu setzen. „Wir müssen jetzt eine Lösung angehen, von der alle profitieren.“ Und eine Finanzierungsmöglichkeit finden. Diese Gespräche seien Aufgabe des künftigen Oberbürgermeisters.

Noch Diskussionsbedarf

Ulrich Schürr, OB-Kandidat von CSU und Jungen Bürgern, sieht in einer ersten Einschätzung in der Einstufung im weiteren Bedarf mit Planungsrecht (dem Status Quo) die Bestätigung, dass es sich bei der Ostspange um eine sinnvolle Infrastrukturmaßnahme handle, für die allerdings die Finanzmittel des Bundes nicht ausreichen. Auch für die „Kleine Lösung“ werde es aber keine Bundesmittel geben, sie sei damit „nicht machbar“. Schürr will den vorliegenden Entwurf zunächst analysieren. Klar sei: „Eine Lösung für die Verkehrsbelastung in Forchheim-Ost muss gefunden werden.“

Thomas Silberhorn, der Forchheimer CSU-Bundestagsabgeordnete, hatte sich ebenfalls für die Ostspange eingesetzt. Der Entwurf werde sicher

Geplante Trasse der Ostspange der Südumgehung



nicht so verabschiedet. Er werde sich weiter für das „absolut wichtigste politische Projekt im Wahlkreis“ einsetzen – vor allem, weil Oesdorf und Wimmelbach es in den vordringlichen Bedarf geschafft haben. Damit ist dort eine Realisierung bis 2030 wahrscheinlich. Über Details der „Goldrand-Lösung“, des vierstreifigen Ausbaus der Ostspange, müsse man aber noch reden. Die Umweltbeeinträchtigung durch den Bau der Ostspange hatte sich negativ ausgewirkt.

Andreas Schwarz, Bundestagsabgeordneter der SPD, sieht in der Einstufung der Ostspange eine Chance: „Jetzt können die aktuellen und künftigen kommunalen Entscheidungsträger die Chance ergreifen, Bedenken und Anliegen zur ökologischen und ökonomischen Verträglichkeit der Ostspange mit einzubringen.“

Der Landtagsabgeordnete der Freien Wähler, Thorsten Glauber, ist enttäuscht: Für Wimmelbach und Oesdorf gebe es noch keine Planung und Kostenschätzung. Trotzdem seien sie

in den vordringlichen Bedarf gerutscht, der finanziell gedeckelt sei. „Unseriöses Vorgehen“, sagt Glauber. Er habe sich für einen zweiseitigen Ausbau eingesetzt, für die überraschende vierspurigen Planung könne man sich nun „bedanken“.

Biwo jubelt, ForUm überrascht

„Super, die beste Nachricht des Tages“, jubelt Heinrich Kattenbeck, Vorsitzender der Bürgerinitiative (BI) Pro Wiesenthal ohne Ostspange, die gegen die Umgehung gekämpft hatte. „Die Ostspange erfüllt einfach nicht die geforderten Prioritäten, Kosten-Nutzen-Analyse und Erhalt vor Ausbau und Neubau.“ Johannes Heinlein, Sprecher der BI „ForUmB470“ ist von der Einstufung überrascht, vor allem, da im Planungszeitraum der Verkehr um zehn Prozent zunehmen soll. „Wo sollen all’ die Autos fahren?“ Allerdings handle es sich nur um einen Entwurf, nun will man sich auf die am 21. März beginnende Bürgerbeteiligung konzentrieren.

„Völlig unverständlich“ ist für den CSU-Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk, dass Ebermannstadt aus dem Entwurf gefallen ist. In einer Pressemitteilung weist auch er auf das anstehende parlamentarische Verfahren hin. Christiane Meyer, Bürgermeisterin von Ebermannstadt, vermutet, dass das 90-Millionen-Euro-Projekt am Kosten-Nutzen Faktor gescheitert ist, will aber erst einmal die Hintergründe analysieren. Und mit den anderen Gemeinden im östlichen Landkreis frühzeitig auf ein Gutachten zu den Auswirkungen der Ostspange drängen. „Ich habe großes Verständnis für die Enttäuschung derer, die von der Verkehrssituation direkt betroffen sind. Wir müssen nun alles tun, um eine kurzfristige Entlastung zu erreichen“, sagt Meyer über die Lage in Ebermannstadt.

Infos zum Bundesverkehrswegeplan unter: www.bvwp2030.de – Auch Stellungnahmen sind dort möglich.